

Blaue Wahlkreispost

www.mario-beger.de

Juli 2021



Liebe Leser,

ich freue mich sehr, Sie zur ersten Ausgabe meiner Blauen Wahlkreispost begrüßen zu dürfen. Seit 2014 bin ich Abgeordneter in der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Bei der letzten Landtagswahl im September 2019 errang ich das Direktmandat für den Wahlkreis 38. Innerhalb unserer Fraktion leite ich den Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und bin Handwerks- sowie Weinbaupolitischer Sprecher. Außerdem nehme ich als Stadtrat Einfluss auf die Kommunalpolitik in Großenhain. Zukünftig möchte ich Sie regelmäßig über meine Wahlkreisaktivitäten, meine Arbeit im Landtag und Stadtrat und vieles mehr informieren. Darüber hinaus werden die AfD-Kommunalpolitiker des Wahlkreises zu Wort kommen und ihre Arbeit vorstellen. Sollten Sie Anregungen, Wünsche und Kritik haben, dann setzen Sie sich bitte mit mir in Verbindung.

Bleiben Sie interessiert!
Herzlichst Ihr Mario Beger

Über Corona zum „Großen Neustart“

Wenn Sie schon einmal Monopoly gespielt haben, kennen Sie das Ereignisfeld mit der Anweisung „Gehe zurück auf Los“. Man setzt die Spielfigur zurück - die Spielregeln bleiben gleich. Anders beim „Great Reset“ oder dem „Großen Neustart“. Eine im Weltwirtschaftsforum (WEF) versammelte selbsternannte Elite von Konzernchefs, Berufspolitikern, Milliardären, Vertretern aus sogenannten Nichtregierungsorganisationen und UN-Funktionären hat es sich zum Ziel gemacht, im Anschluss an die Covid-19-Pandemie die Weltordnung durch Änderung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen grundlegend neu zu gestalten. Klaus Schwab, Gründer des WEF, hat in seinen Büchern offen beschrieben, welche Absichten man hegt. Die im Umfeld von Covid-19 erzeugte Atmosphäre der Angst soll genutzt werden, um weltweit „Nachhaltigkeit“, „Gleichheit“ und „Fairness“ durchzusetzen. Schwab und Genossen sehen sich als die Erleuchteten, die uns den Weg in diese schöne neue Welt weisen, in der das private und gesellschaftliche Leben durch Künstliche Intelligenz geregelt und Privatsphäre aufgehoben wird. Angela Merkel weissagte beim vergangenen Treffen der „globalen Führungskräfte“ in Davos: „Die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es uns angewöhnt haben, werden wir in den nächsten 30 Jahren verlassen“. Covid-19 ist nur passender Anlass für die Verkündung eines neuen Zeitalters, in dem die westliche Welt von Sozialingenieuren umgebaut

werden soll. Gern schaut man dabei nach China. Vorbereitungen darauf gibt es schon länger. So platzierte man beim Davoser Treffen von 2017 „Acht Vorhersagen für die Welt 2030“. Die erste These verkündet nichts Geringeres als den vollständig kollektivierten Menschen: „Alle Produkte sind Dienstleistungen geworden. Ich besitze nichts. Ich besitze kein Auto. Ich besitze kein Haus. Ich besitze keine Geräte oder Kleidung.“ Hier noch weitere Kostproben: „Wir essen viel weniger Fleisch. Heutige syrische Flüchtlinge sind inzwischen Geschäftsführer. Die Werte, die den Westen/westliche Demokratien begründet haben, werden bis zum Bruchpunkt auf die Probe gestellt worden sein.“ „Die Corona-Krise ist eine große Chance. ...

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1:

... Der Widerstand gegen Veränderung wird in der Krise geringer. Wir können die Wirtschafts- und Finanzunion, die wir politisch bisher nicht zustande gebracht haben, jetzt hinbekommen.“ Als Wolfgang Schäuble dies im letzten Jahr sagte, musste er wissen: Die europäische Schuldenunion wird kommen – eingeführt durch die Hintertür der Corona-Rettungspolitik. Der „Große Neustart“ heißt: Autoritäre Regierungen, alles bestimmende Monopolisten aus Wirtschafts- und Finanzwelt spielen Gott. Totale Überwachung, geschichtslose Einheitsmenschen. Sky-News Moderator Rowan Dean* sieht im „Großen Neustart“: „... ein antidemokratisches Unternehmen, das darauf abzielt, ihren Arbeitsplatz zu zerstören, ihren Wohlstand zu stehlen und ihren Kindern die Zukunft zu rauben. Es ist eine knallharte linke Horrorshow – vollgestopft mit Quasi-Faschismus.“ Hoffen wir, dass er nicht Recht behält. Wir brauchen einen Great Reset für die Politik, aber nicht für Wirtschaft und Gesellschaft.

Mario Beger, MdL



Ausgegrenzt, beobachtet, verdächtigt -

die **AfD** lässt sich nicht ausbremsen!

Straßenprotest für die Freiheit

Viele haben uns schon bei unseren Straßenprotesten gesehen. Manche haben gehupt und Daumen hoch gezeigt, von einigen gab es ablehnende Äußerungen.

Corona hat Deutschland verändert, Regierung und Medien haben dabei ganze Arbeit geleistet. Seit mehr als einem Jahr werden immer neue Szenarien erfunden, um die Panik vor dem Virus in der Bevölkerung stabil zu halten, um das Land planlos von einem Lockdown zum nächsten zu schicken, mit Maßnahmen, die sich weder mit Vernunft noch mit rationalem Denken erklären lassen. Zurück bleiben eine Wirtschaft, die immer mehr aus dem Gleichgewicht gerät, unverschuldet zerstörte berufliche Existenzen und nicht zu vergessen, dass sich hinter jeder Arbeitslosigkeit auch ein menschliches Schicksal verbirgt.

Ein bis dahin wenig beachtetes Infektionsschutzgesetz wurde unter dem Deckmantel „Corona“ und mit Hilfe der alteingesessenen Parteien so oft geändert, bis es der Regierung weitreichende Einschränkungen der im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte ermöglichte.

Abends einfach nach 22 Uhr noch vor die Tür gehen oder zu Hause mehr als einen Besucher empfangen, abhängig vom Inzidenzwert wird man dafür mit einem Bußgeld bestraft. Hunderttausende lassen sich impfen, nicht weil sie Angst vor Corona haben, sondern weil sie ihre Freiheit wiederhaben wollen; sie lassen sich einen Stoff injizieren, dessen Nebenwirkungen nicht ausreichend bekannt sind und die Langzeitfolgen noch unerforscht.

Und welche Langzeitfolgen wird die Krisenpolitik der derzeitigen Regierung haben? Wer glaubt noch an die Wahrung unserer Grundrechte? Was heute Corona ist, ist morgen der Klimawandel und daraus kann ein endloser Lockdown werden.

Dieser Ausnahmezustand muss so schnell wie möglich beendet werden, wenn die Demokratie nicht unwiderruflich beschädigt werden soll. Grundrechte, die nur unter Vorbehalt oder auf Abruf gewährt werden, sind keine Grundlage für einen freiheitlichen Rechtsstaat.

Mario Beger, MdL



Die AfD ist die jüngste in allen Parlamenten vertretene Partei Deutschlands. Eine Partei braucht aber nicht nur Wähler, sondern auch aktive Mitstreiter, die mitdiskutieren, mitentscheiden, Aufgaben übernehmen und zu Wahlen kandidieren wollen. Sollten Sie Fragen zur Mitgliedschaft haben, senden Sie bitte eine E-Mail an:

blauewahlkreispost@gmail.com

Gestalten Sie gemeinsam mit uns die Zukunft unseres Landes und werden Sie Mitglied in der AfD!



Der Weg in die Normalität

Auf dem Bundesparteitag der Alternative für Deutschland am 10./11. April 2021 in Dresden haben die Delegierten eine einheitliche Corona-Resolution beschlossen. Mit den verabschiedeten Maßnahmen zeigt die AfD einen Weg zurück in die Normalität auf. Die AfD fordert die Bundes- und Landesregierungen in der Resolution konkret zu folgenden Maßnahmen auf:

1. einen breiten wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs zuzulassen und dabei auch renommierte Wissenschaftler mit abweichender Meinung zum Umgang mit der derzeitigen Situation gleichwertig zu Wort kommen zu lassen. Gelegenheit dazu gäbe ein unabhängiges Expertengremium, in dem nicht nur Virologen und Epidemiologen, sondern auch Psychologen, Soziologen, Ökonomen und Verfassungsrechtler vertreten sind und auch gehört werden müssten.

2. zu seit Jahrzehnten bewährten Diagnosemethoden zurückzukehren, die eine Anamnese des Patienten mit einschließt. Der PCR-Test allein ist nicht geeignet, um eine Infektion sicher nachzuweisen. Täglich veröffentlichte Infektionszahlen dürfen deshalb nicht mehr ausschließlich auf Labordiagnostik beruhen.

3. reelle und für die Bevölkerung wichtige und nachvollziehbare Verhältnismäßigkeiten herzustellen, z.B. die Zahl der aktuell Erkrankten der Zahl der nicht betroffenen Gesamtbevölkerung gegenüber zu stellen. Derzeit leiden 99,82% der Bevölkerung unter den verordneten Maßnahmen aufgrund nur 0,18% positiv Getesteten.

4. hinsichtlich möglicher gesundheitlicher Gefahren und Langzeitfolgen der ungewöhnlich schnell zugelassenen, erstmalig auf mRNA basierenden, Impfstoffe die Bevölkerung keinerlei Risiken auszusetzen. Die Meldungen über alarmierend hohe Nebenwirkungen aus verschiedenen Ländern müssen ernst genommen werden, die auffällig vielen Corona-Ausbrüche und erhöhten Sterberaten nach Impfungen in Heimen untersucht werden. Die Bevölkerung ist über bestehende Risiken transparent und unvoreingenommen aufzuklären.

5. jedweden, auch indirekten, Zwang zur Durchführung von Tests, Impfungen u.a. durch Einführung sogenannter Schnelltest- Apps und des grünen Impfpasses, sowie Benachteiligungen für Maskenbefreite zu unterlassen. Die grundgesetzlich garantierten Rechte auf Menschenwürde und auf körperliche Unversehrtheit sind zu bewahren und zu schützen, den Ärzten das Recht auf freie Ausübung ihres Berufes nach ihrem Gewissen weiterhin zu ermöglichen und zu gewährleisten.

6. Kinder als Corona-Maßnahmenopfer besonders ins Blickfeld zu nehmen. Laut der Bundes Psychotherapeuten Kammer leiden weit über 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland unter dem erneuten Lockdown während der zweiten Coronawelle. Fast jedes dritte Kind ist momentan psychisch auffällig.

7. anstatt einer Politik der Angst, wie im Strategiepapier des Bundesinnenministeriums enthalten, eine Politik der Verhältnismäßigkeit (nur 0,18% der Bevölkerung sind aktuell positiv getestet) zu betreiben, die Zuversicht verbreitet und Empfehlungen für Maßnahmen beinhaltet, die das Immunsystem stärken.

8. den Menschen wieder Eigenverantwortung und Freiheit zurückzugeben. Dabei soll es den mündigen Bürgern überlassen bleiben, in welchem Maße sie sich selbst schützen möchten und auch den älteren Menschen wieder entsprechend einer menschenwürdigen Behandlung ihre Selbstbestimmung zurückzugeben und sie darin bestmöglich zu unterstützen und zu schützen.

9. den staatlich verordneten Lockdown sofort zu beenden und den vielen existenzgefährdeten Betrieben und ihren Mitarbeitern und allen Menschen wieder ihre grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte allumfassend zurückzugeben.



Impressum:

Herausgeber: Mario Beger, MdL - Dresdner Str. 7 - 01558 Großenhain - Telefon: 03522-5596 187 - E-Mail: blauewahlkreispost@gmail.com

V.i.S.d.P.: Mario Beger, MdL - Druck: Druckhaus Scholz GmbH - Auflagenhöhe: 28.000 Stück - Ausgabe: Nr.1/Juli 2021

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen.

Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen.

Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers.

Mario Beger, MdL im Web: <https://mario-beger.de/>

Mario Beger, MdL auf Facebook: <https://www.facebook.com/MarioBegerAfD>

Mario Beger, MdL auf Telegram: <https://t.me/mariobeger>

Für Sie in den Bundestag!

Liebe Mitbürger, schwierige Monate liegen hinter uns, in denen die Bundesregierung und die sächsische Staatsregierung uns und unsere Heimat immer weiter in Stillstand und drohenden Ruin getrieben haben. Am 26. September findet die Bundestagswahl statt und es wird eine Entscheidung zwischen Politikwechsel oder „Weiter so“ werden.

Mein Name ist Barbara Lenk und ich stehe zusammen mit der AfD im Bundestagswahlkreis 155 Meißen als Direktkandidatin für Sie bereit. Ich bin 38 Jahre jung, ledig und lebe in der Gemeinde Klipphausen. Von Haus aus bin ich Bibliothekarin und verfüge über zehn Jahre Berufserfahrung. Neben meiner Vollzeitstätigkeit absolvierte ich ein Masterstudium, um mich weiter zu qualifizieren. Bis 2019 habe ich die Bibliothek der Kunsthochschule Dresden geleitet. Dort wurde ich auf Grund meines politischen Engagements als damals noch Parteilose für die AfD angefeindet.

Geboren bin ich in Dresden, lebe aber seit meinem elften Lebensjahr im Landkreis Meißen, 1993 zog meine Familie nach Radebeul. Fünf Jahre Arbeitsexil in Nürnberg haben mir gezeigt welchen wichtigen Stellenwert die Heimat hat. In diesen fünf Jahren habe ich immer eine Sehnsucht verspürt hierher zurückzukehren. Ich stehe für einen sachorientierten und pragmatischen Politikstil. Mein Kompass und Leitfaden ist das Grundsatzprogramm der AfD. Mit meiner Politik möchte ich mich zum Wohl für Großenhain, den Landkreis Meißen, für Sachsen und unsere Heimat



Deutschland einsetzen. Mir geht es um das Finden pragmatischer Lösungsansätze für die Probleme, mit denen unser Land und unsere Region zu kämpfen haben. Seit Monaten heißt das alles bestimmende Thema Corona und die damit verbundenen unverhältnismäßigen Maßnahmen schaden Deutschland massiv. Ich stehe für den Grundsatz unserer Partei, den Lockdown und die damit einhergehenden Einschränkungen schnellstens zu beenden. Die Geschäfte des Einzelhandels, die Gastronomie und Unternehmen aller anderen Branchen müssen verantwortungsvoll, aber schnell, wieder ihre geschäftliche Tätigkeit aufnehmen können. Bereits jetzt stehen immer mehr Geschäfte in Großenhain, Meißen, Riesa und anderen Städten leer.

Gleichzeitig müssen die tatsächlichen Risikogruppen in den Pflege- und Altenheimen besser geschützt werden. Intensive Testungen des Personals in diesen Einrichtungen sehe ich hier als einen wichtigen Baustein. Die Belange des Landkreises Meißen spielen eine wichtige Rolle für mein politisches Engagement. Wir haben hier ein stark ländlich geprägtes Gebiet mit den dazu gehörigen Problematiken und Herausforderungen. Sollen der ländliche Raum und seine Bewohner nicht weiter abgehängt werden, braucht es eine funktionierende Infrastruktur. Genauso muss der Breitbandausbau im Landkreis vorangetrieben werden. Es gibt nach wie vor viel zu viele Gebiete ohne einen schnellen Internet- oder Mobilfunkempfang. Der ländliche Raum darf nicht zersiedelt und landwirtschaftliche Flächen müssen erhalten bleiben. Bundespolitisch lege ich meine Schwerpunkte in die Bereiche Kultur, Bildung und Medien. Für mich ist ein wichtiges Anliegen hierbei der Erhalt unserer deutschen Muttersprache und der Einsatz gegen den Genderwahn. Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der politischen Inhalte und Positionen, für die ich stehe.

Ich freue mich darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen!

Barbara Lenk
AfD-Bundestagskandidatin
Wahlkreis 155



SPENDENAUFRAF

Unterstützen Sie bitte unseren Wahlkampf - sehr gern auch mit Ihrer Spende. Gemeinsam für Deutschland und für Sachsen, gemeinsam für den Landkreis Meißen und für Großenhain.

Danke für Ihre Spende!



Ihre
Barbara Lenk
DIREKTKANDIDATIN ZUR BUNDESTAGSWAHL
IM WAHLKREIS 155 MEISSEN



Spendenkonto AfD Kreisverband Meißen
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE89 8505 0300 0225 7351 56
BIC: OSDDDE81XXX

Verwendungszweck: Spende Wahlkampf Lenk
Name und Adresse für Spendenquittung bitte angeben.



Herzensangelegenheit



Mario Beger ist Freunden, Unternehmern und den Großenhainer AfD-Stadträten sehr dankbar, dass sie ihn seit zwei Jahren mit kleinen privaten Spenden bei seiner Aktion „Herzensangelegenheit“ unterstützen. Der Blick auf die Entwicklung der Altersrenten in Deutschland macht ihm große Sorgen. Am Ende eines langen Erwerbslebens bleibt oft nur eine kleine Rente und für viele der Gang zum Sozialamt und zur Tafel. Längst ist es aber nicht mehr nur die Altersarmut, die sich zunehmend ausbreitet. Aktuell fragen immer mehr Menschen die Unterstützung der Tafeln nach, die vorher nicht auf externe Hilfen angewiesen waren, Menschen, die durch die Corona-Krise in Kurzarbeit sind oder ihren Job oder Nebenjob ganz verloren haben. Um für Bedürftige zu Weihnachten und Ostern ein kleines Geschenk vorzubereiten, verwandelt sich sein Bürgerbüro zwei Mal im Jahr in eine Geschenkwerkstatt. Mario Beger möchte ein wenig Freude und Hoffnung in den Alltag der Menschen bringen und ist immer wieder tief berührt von der Dankbarkeit, die seine Helfer und er erfahren. Für ihn ist es gerade in diesen extrem schwierigen Zeiten umso wichtiger, Anteilnahme am Schicksal anderer zu zeigen.

Die Opposition im Kreistag Meißen



Wie schon im Bundestag und Landtag, ist die AfD im Kreistag Meißen die größte Oppositionspartei. Leider bedeutet das nicht, dass unsere sachlich richtigen Meinungen bei Entscheidungsfindungen gefragt sind. Es ist meist festzustellen, dass bei geplanten Beschlüssen, welche offensichtlich nicht zum Nutzen des Landkreises beitragen, die Änderungsanträge der AfD-Fraktion abgelehnt werden. Unsere Arbeit zwingt jedoch die Kolleginnen und Kollegen anderer Parteien dazu, zu zeigen, dass Rot, Grün, Schwarz und Gelb keinen Unterschied machen. Wir verlangten bei besonders unsinnigen Entscheidungen mehrfach namentliche Abstimmung. Ein Entzug aus der Mitverantwortung bei später auftretenden Schäden für den Steuerzahler, ist so nicht möglich. Unsere Arbeit beschränkt sich natürlich nicht nur auf die Mitarbeit in Ausschüssen und im Kreistag selbst. Die Situation im Landkreis muss in vielerlei Hinsicht durch weitere Maßnahmen verbessert werden. Eine Vielzahl von Anfragen unserer Fraktion an den Landrat (nachlesbar unter www.afd-fraktion-meissen.de/aktuelles/anfragen.html) sollen dabei Licht ins Dunkel bringen. Leider werden seitens der Bürgerinnen und Bürger die vorhandenen Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit uns bisher nur selten genutzt. Wir Kreisräte stehen für einen regen Austausch zur Verfügung. So können künftig Anregungen und Probleme im Sinne der Bürger auf die Tagesordnung gebracht werden.

Karsten Werner, Kreisrat



Stadtrat Großenhain: AfD - Den Bürgern verpflichtet

Unsere AfD-Stadtratsfraktion besteht aus sechs Räten und ist in allen Ausschüssen und Gremien vertreten. Jeden Mittwoch von 14 bis 18 Uhr bieten wir eine Bürgersprechstunde an und berichten auf der Facebookseite „AfD-Stadtratsfraktion Großenhain“ regelmäßig über unsere kommunalpolitische Arbeit. Bei uns steht Sachpolitik für die Einwohner von Großenhain mit seinen Ortsteilen an erster Stelle. Notwendige und sinnvolle Vorhaben der Stadt tragen wir mit, wie den Neubau der Kindereinrichtung Chladeniusstraße, obwohl sich die Baukosten fast verdoppelten, denn das ist eine Investition in die Zukunft unserer Kinder. 2019 und 2020 stimmten wir gegen die Erhöhung der Kita-Gebühren. Unser Ziel ist, die Kitabeträge zu senken und das letzte Kitajahr beitragsfrei zu stellen, um junge Familien zu entlasten.

Großenhain kämpft zunehmend gegen Verunreinigungen im öffentlichen Raum durch Müll, Hundekot und Graffiti-Sprühereien. Anfang 2020 brachten wir einen Antrag zum Thema „Saubere Stadt - bessere Lebensqualität“ in den Stadtrat ein, der mit 2 Enthaltungen von 20 Stadtratsmitgliedern angenommen wurde! Natürlich gingen wir mit einer Frühjahrsputzaktion mit gutem Beispiel voran. Fortsetzung folgt. Im Juli 2020 reichten wir einen Antrag zur „Aussetzung der Sondernutzungsgebühr für 2021 für Gewerbetreibende“ ein, um wenigstens eine kleine Einsparung für die Betroffenen in Aussicht zu stellen. Durch die Lockdown-Maßnahmen stand das Leben in unserer Stadt seit Monaten still, der daraus resultierende wirtschaftliche Schaden ist noch nicht absehbar. Wir werden mit drastischen Rückgängen bei der Gewerbesteuer, eine der wichtigsten Einnahmequellen der Stadt, konfrontiert werden. Für Gewerbetreibende stehen ihre Existenzen auf dem Spiel und viele Angestellte sind in Kurzarbeit oder von Arbeitslosigkeit bedroht. Unsere Kinder und Jugendliche dürfen inzidenz-



abhängig nicht in Kindergarten oder Schule, das Vereinsleben liegt brach. Dagegen verfassten wir im Februar einen offenen Brief an die verantwortlichen Entscheidungsträger Sachsens.

Mario Beger
Fraktionsvorsitzender

Offener Brief

Großenhain, den 22.02.2021

Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie überprüfen und korrigieren

Wir, die Mitglieder der AfD-Stadtratsfraktion Großenhain, fordern alle politischen Verantwortungsträger auf, die bisher getroffenen Maßnahmen in Verbindung mit der Corona-Pandemie zu überprüfen und schnellstmöglich zu korrigieren.

Während die Zahl der Corona-Neuinfektionen sinkt, das Frühjahr naht, wo tendenziell die Virusinfektionen weiter abnehmen, verschieben Bund und Länder neuerlich willkürlich den Inzidenzwert von 50 auf 35. Das ist nicht mehr akzeptabel. Der Inzidenzwert von 50 wurde begründet, dass erst bei diesem Wert die Nachverfolgung der Kontakte möglich wäre. Uns stellt sich jedoch die Frage, wie soll eine Nachverfolgung im Supermarkt oder Drogeriemarkt verfolgt werden? Hunderte Menschen fassen dort den gleichen Einkaufswagen an, stehen dicht gedrängt am Wühltisch. Dagegen gibt es in den Geschäften der

Innenstadt hervorragende Hygienekonzepte, auch eine Nachverfolgung, durch die eher überschaubare Kundschaft, ist kein Problem. Großenhain hat wie jede andere kleine Stadt bereits seit Jahren einen Rückgang der Gewerbetreibenden zu verzeichnen. Wir können es nicht weiter hinnehmen, dass durch eine weitere und willkürliche Herabsetzung des Inzidenzwertes auf 35, unsere Gewerbetreibende nun endgültig in die Insolvenz getrieben werden. Denn trotz des Lockdowns müssen Mieten, Strom, Sozialversicherung usw. bezahlt werden. Die als „unbürokratisch versprochenen Hilfen“ sind bis heute nicht oder nur unvollständig ausbezahlt wurden. Ebenso sind viele Angestellte von Kurzarbeit betroffen und bangen um ihren Arbeitsplatz. Wir erwarten, dass das Prinzip der Gleichbehandlung und Verhältnismäßigkeit konsequent in alle künftigen Entscheidungen

einbezogen werden. Wir fordern, dass kleinere Geschäfte von Handel und Gewerbe, sowie die Gastronomie und Baumärkte bei Einhaltung der gleichen Bedingungen geöffnet werden dürfen. Ebenso haben die Hotellerie, das Theater sowie Kinos gute Hygienekonzepte etabliert und sind als Treiber des Infektionsgeschehens nach unserer Kenntnis kaum von Bedeutung. Es ist für uns nicht ersichtlich, dass durch den kompletten Lockdown dieser Bereiche das Tempo der Pandemie ausreichend gebremst wurde. All die genannten Bereiche machen das Leben in unseren Städten wesentlich aus. Sie einfach abzuschalten, gefährdet auf Dauer Bürgersinn, Zusammenhalt und Lebensgeist der Stadtgesellschaften. Wir sehen die Gefahr, dass die Maßnahmen damit das gefährden, was wir zuallererst brauchen, um die Pandemie durchzustehen.

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6:

Es scheint, als liege der Auswahl der Schließungsbereiche die Annahme zugrunde, dass diese am ehesten entbehrlich seien. Dieser Auffassung treten wir entgegen. Wir verweisen in dem Gesamtzusammenhang auch auf die Forderung von IHK, Handelsverbände und Handwerkskammer zur Beendigung der unverschuldeten wirtschaftlichen Einschränkungen. Das Zeitfenster, um das Leben unserer Innenstadt zu erhalten, wird immer enger! Folge sind Hyperaktivität, emotionale Probleme, Verhaltensprobleme und psychosomatische Beschwerden, um nur einige zu nennen. Ziel muss jetzt die schnelle Öffnung der Schulen für alle Jahrgänge sein. Ein Wechsel von Präsenz- und Fernunterricht wäre denkbar. Bereits heute spricht man schon von der „Corona-Generation“! Hier muss sofort gehandelt werden. Wir fordern, endlich die Risikogruppen in den Alten- und Pflegeheimen

besonders zu schützen. Diese Gruppe ist in zweierlei Hinsicht gefährdet. Zum einen auf Grund des Alters und des Gesundheitszustandes und zum zweiten durch das unmittelbare gemeinsame Wohnen und Leben. Genau dort muss konsequent vorgegangen und nicht eine ganze Gesellschaft in Geiselschaft genommen und Existenzen vernichtet werden. Deshalb noch einmal unsere Forderung, nach sofortiger verantwortungsvoller Überprüfung und um Aufhebung der bestehenden Maßnahmen des Lockdowns. Ein Dauerlockdown kann hier nicht die Lösung sein.

Mit freundlichen Grüßen

Mario Beger

Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Großenhain

Verteiler:

Sächsischer Ministerpräsident Herr Michael Kretschmer;

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit & Verkehr, Herr Staatsminister Martin Dulig;

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Frau Staatsministerin Katja Meier;

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Frau Staatsministerin Petra Köpping;

Landrat Herr Ralf Hänsel



Freistaat sucht Großinvestor

Im Industrie- und Gewerbegebiet Flughafen Großenhain befindet sich mit 230 Hektar eine der größten zusammenhängenden Industrieflächen in Sachsen und somit ein wichtiger Bestandteil des im Entwurf befindlichen Flächennutzungsplanes der Stadt Großenhain. Eine kleine Anfrage von Mario Beger bei der Sächsischen Staatsregierung (Drucksache 7/5487) ergab, dass die Altlastensanierung der Kontaminationsstandorte auf dem Flugplatzgelände bis voraussichtlich in das Jahr 2028 fort dauern wird.

In der Vergangenheit wurde die Fläche bereits interessierten Unternehmen vorgestellt. Aufgrund der noch andauernden Bau- und Sanierungsmaßnahmen kam es bisher noch zu keiner Ansiedlung. Die landeseigene Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH (WFS) ist Ansprechpartner für Unternehmen auf Standortsuche und kann mit der Vermarktung erst beginnen, wenn die Stadt den Bebauungsplan beschlossen hat. Das Gelände gehört dem Freistaat und dieser würde sich eine industrielle Großansiedlung wünschen, neben den über 30 Unternehmen unterschiedlicher Branchen, die bereits dort siedeln.



Stadtrat Gröditz: Aus Prinzip abgelehnt

Im Mai 2019 fanden in Sachsen die Kommunalwahlen statt und dank unserer Wähler, konnten wir mit sechs Ratssitzen als stärkste Fraktion in den Gröditzer Stadtrat einziehen. Mit sechs von achtzehn Räten haben wir genau ein Drittel aller Stimmen im Stadtrat, also keine entscheidende Mehrheit. Unsere Anträge werden daher auch regelmäßig abgelehnt, bestes Beispiel dafür ist der von uns gestellte Antrag zur Bildung eines Bauausschusses. Erfolglos blieben auch 2020 und 2021 unsere Ablehnung der Erhöhung der Elternbeiträge für Krippe, Kita und Hort. Wir forderten daraufhin die anderen Stadtratsfraktionen auf, sich im Landtag für eine Abschaffung der Elternbeiträge einzusetzen, aber das fiel genauso wenig auf fruchtbaren Boden. Unser Ziel, die Senkung und letztlich Abschaffung der Elternbeiträge, steht für uns immer noch an erster Stelle, denn unsere Kinder sind die Zukunft unserer Heimat. Die moderne Demokratie ist das Machtinstrument zum Missbrauch des Willens der Wähler.

Dirk Wartenberg, Fraktionsvorsitzender



Gemeinderat Ebersbach: Kein Mangel an Projekten



Im Ebersbacher Gemeinderat bildet die AfD als einzige eine Fraktion. Durch Mirko Stelzner sind wir im Verwaltungsausschuss und Abwasserzweckverband, Michael Eitner im Ausschuss für Kultur und Soziales und durch mich im Technischen Ausschuss vertreten. Mirko Stelzner kandidierte zusätzlich für den Ortschaftsrat Cunnersdorf und wurde dort zum Ortsvorsteher gewählt. Eines seiner Schwerpunkte ist die Öffnung des gesperrten Wander- und Radweges am Schloss Cunnersdorf. Michael Eitner und ich sind in Kalkreuth ebenfalls Ortschaftsräte. Michael Eitner setzt sich für die Sicherheit der Kinder und der Grundschule Kalkreuth (seit kurzem gilt hier 30 km/h) ein und dafür, dass der kleine Ortsteil Reiherhof endlich

eine Straßenbeleuchtung erhält. Mein Augenmerk liegt u.a. auf der Außengestaltung und Pflege unseres denkmalgeschützten Herrenhauses, es fehlt ein Dorfgemeinschaftshaus und die Umweltprobleme mit dem Großsteinbruch Wetterberg harren einer Lösung. Selbstverständlich brachten wir uns aktiv in den Wiederaufbau der Schafrücke ein. Abrisspläne riefen den entschiedenen Widerstand des Heimatvereins Kalkreuth unter meinen Vorsitz hervor. Im Dezember 2019 wurde unter dem Dach des Heimatvereins die Projektgruppe Schafrücke gegründet. Über den Heimatverein wurde ein Spendenkonto eingerichtet, einige Betriebe leisteten Materialspenden, Fördermittel kamen vom Dresdner Heidebogen und vom Landkreis Meißen. Außer der genieteten Stahlträgerkonstruktion von 1895 wurde praktisch die gesamte Brücke mit den Brückenköpfen, den Zugängen und den Ufern saniert.

Dazu kam noch eine Schutzhütte für Wanderer. An den ehrenamtlichen Arbeiten beteiligten sich viele Freiwillige und am 3. Oktober 2020 wurde die Schafrücke mit einem Fest eingeweiht. Bürgerschaftliches Engagement hat hier Herausragendes gegen Skepsis und Politikverdrossenheit geleistet. Allen Spendern und aktiven Beteiligten gebührt dafür großer Dank. Doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Der Abbau von Infrastruktur schreitet immer weiter voran. Aktuell planen Landkreis und Stadt Großenhain gerade die Abstufung und teilweise Sperrung der erst 1992 ausgebauten und zur Kreisstraße erhobenen kürzesten Verbindung von Kalkreuth über Rostig nach Großenhain.

Karl-Heinz Rutsch, Fraktionsvorsitzender

Ortschaftsrat Nasseböhla/Stroga: Ein Herz für Kinder

Lange vor den Kommunalwahlen im Mai 2019 war sicher, dass die bisherigen Mitglieder des Ortschaftsrates Nasseböhla/Stroga für eine weitere Amtszeit nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Sollten Nasseböhla und Stroga künftig auf einen Ortschaftsrat verzichten, wer würde dann unsere Interessen vertreten - diese Fragen standen im Raum. Viele Gespräche mussten geführt werden, bis schließlich feststand: Es geht mit fünf neuen Ortschaftsräten weiter! Allerdings hatte keiner von uns vorher Erfahrungen in der Kommunalpolitik gesammelt. Unserem Ortschaftsrat ist Bürgernähe ganz wichtig, sich den Problemen der Einwohner anzunehmen und eine entscheidende Verbindung zur Stadt Großenhain zu sein. Genauso wichtig ist uns ein gutes Miteinander zwischen den ortsansässigen Firmen und den Leuten aus

dem Ort, immer mit einem objektiven Blick auf beide Seiten und einem starken Willen zu einer Kompromisslösung im Sinne der Gemeinschaft. Ende letzten Jahres stimmten wir dem Umbau der Schweinemast Stroga zu, nachdem es ausführliche Gespräche mit dem Unternehmen, der Stadt Großenhain und nicht zuletzt den Anwohnern gegeben hatte. Aktuell arbeiten wir an der Einzäunung des Spielplatzes in Nasseböhla. Der Spielplatz ist sehr nah an der Straße und die Anwohner kritisieren seit langem die sich daraus ergebende Unfallgefahr. Die Stadt wird das Material zur Verfügung stellen und wir werden uns in Eigenleistung um die Ausführung der Baumaßnahme kümmern.

Michael Hitschke, Ortsvorsteher